



---

**Ausschussdrucksache 20(13)124n**

---

unangeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 23. September 2024

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**„Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“**

**BT-Drs. 20/10384**

TRANS\*SEXWORKS

# TRANS\*SEXWORKS

A Network for Peers

Berlin Collective Action e.V.  
sexworksberlin@gmail.com

---

12. September 2024

## **STELLUNGNAHME ZUM ANTRAG „MENSCHENUNWÜRDIGE ZUSTÄNDE IN DER PROSTITUTION BEENDEN – SEXKAUF BESTRAFEN“ DER FRAKTION DER CDU/CSU, DRUCKSACHE 20/10384**

Wir als Zusammenschluss trans, inter und nichtbinäre Sexarbeiter\*innen möchten unserer Stimme als Betroffene Gehör verschaffen. Viele Stellungnahmen, die Sie lesen werden, wurden von Menschen geschrieben, die von einem Sexkaufverbot nicht betroffen wären. Es wird über uns gesprochen, aber nicht mit uns.

**Wir bitten Sie, mit uns Betroffenen zu sprechen.**

### **Trans\*Sexworks - ein Netzwerk für Peers**

Trans\*Sexworks ist ein Peer-Projekt von und für trans, inter und nichtbinäre (TIN\*) Sexarbeiter\*innen in Berlin. Es melden sich jedoch TIN\* Sexarbeiter\*innen aus ganz Deutschland bei uns, da es kein vergleichbares Angebot für TIN\* Personen gibt. In unserer Arbeit haben wir einen starken Fokus auf die Unterstützung unserer Kolleginnen, die am Straßenstrich arbeiten; wir organisieren außerdem einen regelmäßigen Austausch für trans maskuline Sexarbeiter und bieten Peer-Beratung auf Deutsch, Englisch, Spanisch, Tschechisch, Bulgarisch, Ukrainisch und Russisch an. Die Peer-Beratung richtet sich an TIN\* Personen in der Sexarbeit, egal wo ihr Arbeitsort ist.

**Wir sind in unserer Community gut vernetzt und können für unsere Community und uns selbst sprechen.**

Weltweit und natürlich auch in Deutschland engagieren sich Sexarbeiter\*innen und Prostituierte gegen die Kriminalisierung ihrer Arbeit. Ein Sexkaufverbot, wie es hier von der CDU/CSU gefordert wird, ist eine Kriminalisierung unserer Arbeit und führt zu einer Verschlechterung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen.

- Es führt zu einem Anstieg an Diskriminierung und Stigmatisierung von Sexarbeiter\*innen, da Sexarbeit nicht als Arbeit anerkannt wird. Diskriminierung und Stigmatisierung hat oft Gewalt zur Folge.
- Durch das Verbot, „aus der Prostitution einer anderen Person“ zu profitieren, werden unsere Partner\*innen, Kinder, Eltern oder Geschwister kriminalisiert.
- „Die Vermietung von Objekten zum Zweck der Prostitutionsausübung“ zu verbieten führt dazu, dass Sexarbeitende wohnungs- und obdachlos gemacht werden. Das wissen wir, weil in Ländern mit einem Sexkaufverbot die Privatwohnung meist als Ort der „Prostitutionsausübung“ gesehen wird.
- Wenn Beratungsstellen nichtmehr ergebnisoffen und akzeptierend beraten, werden wir Sexarbeiter\*innen diese nicht mehr aufsuchen. Unterstützungsangebote können dann Betroffene kaum erreichen.
- Mit „Rückkehrprogramme“ ist die Abschiebung vulnerabler Personen gemeint.
- Durch eine Kriminalisierung werden Betroffene sich nicht mehr trauen, Polizei und weitere Hilfen zu kontaktieren, z.B. beim Erleben von Gewalt. Warum sollten wir uns „Hilfe“ holen, wenn wir fürchten müssen, abgeschoben werden oder unsere Wohnung verlieren?
- Präventionskampagnen, sei es durch das LKA, durch Gesundheitsämter oder die Deutsche Aidshilfe werden Sexarbeiter\*innen nicht erreichen, da wir uns verstecken müssen.

### **Austausch unter Kolleg\*innen**

Als Peer-Projekt ist uns eine weitere Konsequenz eines Sexkaufverbotes noch sehr wichtig: Der Austausch unter Kolleg\*innen wird kaum noch möglich sein und Projekten wie unseres wird das Arbeiten massiv erschwert.

- Kriminalisierung führt zu einer Isolierung von Sexarbeiter\*innen. Die Arbeitsorte verlagern sich in den Untergrund, Sexarbeiter\*innen müssen alleine arbeiten. Sie fragen sich: Wem kann man überhaupt noch vertrauen?
- Staatliche Gelder für Selbsthilfegruppen und -netzwerke fallen weg.
- Man würde unsere Beratung und aktivistische Arbeit verbieten, da wir grundsätzlich akzeptierend arbeiten, und Kolleg\*innen dabei unterstützen, sicher und gesund ihrer Arbeit nachzugehen.

### **Als Alternative wünschen wir uns:**

- Die Entkriminalisierung unserer Arbeit
- Zugang zur GKV und Sozialleistungen für alle Sexarbeiter\*innen
- Den gesicherten Aufenthalt in Deutschland für Sexarbeiter\*innen und Betroffene von sexueller Ausbeutung
- Den Vereinfachten Zugang zu einer Arbeitserlaubnis in Deutschland, damit Kolleg\*innen, die einen anderen Job machen möchten, dies auch tun können
- Entstigmatisierungs- und Präventionskampagnen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Sexarbeiter\*innen
- Die Stärkung der Fachberatungsstellen, Gesundheitsämter und Peer-Projekte
- Die Umsetzung eines bundesweiten Aktionsplans zur Bekämpfung von Menschenhandel
- Fachberatungsstellen explizit für queere/trans Sexarbeiter\*innen
- Eine „Mietpreisbremse“ für Bordellzimmer, Terminwohnungen und Laufhäuser

Wir wünschen uns auch, dass die Ergebnisse der Evaluation des Prostituiertenschutzgesetz abgewartet werden.

Wir brauchen mehr Rechte und keine Beschneidung unserer Rechte. Ein Sexkaufverbot verhindert nicht Sexarbeit, sondern schiebt diese in die Illegalität. Wir würden uns wünschen, dass Sie mit Sexarbeiter\*innen sprechen und sich für eine Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen.

**Gerne stehen wir für einen weiteren Austausch zur Verfügung.**